

Titelthema: Der deutsche Zweifel

Petra Bahr

Die 58-Jährige ist Regionalbischöfin für den Sprengel Hannover und Mitglied des Deutschen Ethikrats. Früher arbeitete die Theologin unter anderem für die Konrad-Adenauer-Stiftung



Margot Käbmann

Die 66-Jährige war Landesbischöfin von Hannover und erste weibliche Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie ist Theologin und Buchautorin

Können Waffen Frieden schaffen?

Zwei Protestantinnen sind uneins: Margot Käbmann fordert Verhandlungen. Petra Bahr bezweifelt, dass die mit Putin möglich sind. Hier streiten die beiden über die brutale Logik des Krieges, die Bergpredigt – und darüber, wer böse Beschimpfungen bekommt

DIE ZEIT: Frau Käbmann, Sie fordern einen Waffenstillstand und ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine. Geben Sie sich einer Sehnsucht nach Frieden hin, die rücksichtslos ist gegenüber den Menschen in dem überfallenen Land?

Margot Käbmann: Sehnsucht nach Frieden habe ich auf jeden Fall. Ich bin überzeugt, dass immer mehr Waffen immer mehr Eskalation bringen. Und dadurch auch mehr Tod und Leid.

ZEIT: Frau Bahr, Sie haben diesen Vorwurf auf Twitter geäußert: Die brutalste Umsetzung imperialer Fantasien verbiete es Ihnen als Christin, Ihre Sehnsucht nach Frieden vor das Leid der Menschen in der Ukraine zu stellen.

Petra Bahr: Der Tweet bezieht sich auf das sogenannte Manifest für den Frieden, das Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht initiiert haben.

ZEIT: Und das Margot Käbmann unterzeichnet hat. Damit ging es auch um sie.

Käbmann: Dass ich meine eigene Friedenssehnsucht egozentrisch über das Leid der Menschen stelle, bloß weil ich ein Manifest für den Frieden unterschrieben habe: Das ist schon eine perfide Unterstellung. Oder wie hast du deinen Tweet gemeint?

Bahr: Für mich liest sich der Text wie ein Manifest der Unterwerfung. Die zynische Pointe des Papiers besteht darin, dass sich alles um uns dreht, um die deutsche Angst vor einem Atomkrieg, deutsche Befindlichkeiten. Der Aggressor wird gar nicht adressiert. Kriegsverbrechen und der Überlebenskampf der Ukrainer werden hintangestellt.

ZEIT: Sie beide sind evangelische Theologinnen, eine amtierende und eine ehemalige Bischöfin. Wie sehen Sie es als Christinnen: Können Waffen Frieden schaffen?

Bahr: Waffen töten. Trotzdem gibt es Situationen, in denen Waffen im Angesicht des Bösen noch Schlimmeres verhindern – und hoffentlich das vorbereiten, was in der protestantischen Ethik mit dem »gerechten Frieden« beschrieben ist: die Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit. Ein ukrainischer Pastor beschreibt in einem Brief, wie er mit seiner Gemeinde im Keller sitzt und um sein Leben betet mit dem Psalm: »Gott, gib uns nicht der Vernichtung preis.« Soll ich dem mit den Worten der Bergpredigt aus dem sicheren Arbeitszimmer antworten: »Du musst die andere Wange hinhalten?« Pazifismus als Haltung gegenüber der selbst erlebten Gewalt finde ich beeindruckend. Ich kann sie aber nicht jemand anderem auferlegen. Mir geht ein Satz von Dietrich Bonhoeffer nicht aus dem Kopf: »Es reicht nicht, die Opfer unterm Rad zu verbinden. Man muss dem Rad selbst in die Speichen fallen.« Dafür braucht es, so fürchtbar das ist, gegenwärtig auch Waffen.

Käbmann: Ich bin erstaunt, wie locker du die Bergpredigt vom Tisch wischst. Das erinnert mich an ein Gebetbuch für deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Da stand unter dem fünften Gebot,

du sollst nicht töten: »Gilt nicht im Kriegsfall.« Ich finde, so einfach können wir es uns nicht machen. Die Bergpredigt provoziert: Was passiert, wenn du die andere Wange hinhältst, statt zurückzuschlagen? Du verstößt den Angreifer, weil er das nicht erwartet. Nur so wird die Spirale der Gewalt unterbrochen! Du zwingst den Aggressor, aus der Logik des Krieges herauszutreten.

ZEIT: Sie meinen, Wladimir Putin lasse sich stören, wenn man ihm die andere Wange hinhalte?

Käbmann: Ich meine: Am Ende können Waffen keinen Frieden schaffen. Pazifisten haben das langfristige Ziel, dass wir in einer Welt ohne Waffen leben. Ich weiß, dass das eine Utopie ist und dass wir uns jetzt in einer Phase permanenter Aufrüstung befinden. Deutschland liefert Angriffswaffen in Kriegsgebiete. Gerade als Deutsche bin ich aber überzeugt, dass wir immer zuerst diplomatisch handeln sollten. Wir sollten sehr auf unsere Sprache aufpassen. Da ist die Rede von »Tapferkeit«, »Helden«, »Blutzoll« und »Sieg«. Wie sieht der Sieg denn aus? Durch die Lieferung von Waffen machen wir uns mitschuldig am Sterben in der Ukraine. Das können wir nicht einfach wegwischen.

Bahr: Wenn wir zugucken, machen wir uns ebenfalls schuldig.

Käbmann: Dessen bin ich mir absolut bewusst. In der ganzen Welt machen wir uns schuldig. In Syrien, im Jemen. Wollen wir jetzt überall militärisch eingreifen?

Bahr: Wir Deutschen haben für den Ausgang des Krieges in der Ukraine eine besondere Verantwortung. »Ohne Russland können wir nicht« lautete die Raison verschiedener Bundesregierungen. Das hat zu einer Arroganz gegenüber Warnungen aus osteuropäischen Ländern vor den neoimperialen Zielen Putins geführt. Spätestens mit der Annexion der Krim hätten wir auch in den Kirchen aufmerksam sein müssen. Die weltanschauliche Aufladung des kommenden Krieges hatte da schon längst begonnen. Aus dieser Selbsttäuschung kommen wir nun mühsam heraus.

Käbmann: Indem wir jetzt die Diplomatie abschaffen und auf Militarismus setzen – oder wie?

Bahr: Wer schafft denn die Diplomatie ab? Deutschland kann sich als verlässlicher europäischer Partner erweisen. Das ist doch eine wichtige Lehre aus der Geschichte.

ZEIT: Seit dem Angriff von Putins Russland auf die Ukraine spielt in Deutschland auch die Angst vor einem Atomkrieg eine große Rolle. Ist das ein wesentliches Motiv dabei, welche Position man in der Frage der Waffenlieferung einnimmt?

Käbmann: Auf jeden Fall, und ich denke, die Angst vor einem Atomkrieg ist realistisch. Ich bin auch erstaunt, wer so alles im Nachhinein die Versuche, ein Haus Europa zu bauen, diskreditiert.

Bahr: Wir sind unterschiedlich geprägt und schauen so auch anders auf diesen Krieg. Du kommst aus

der Friedensbewegung gegen das atomare Werrüsten. Auch die kirchliche Friedensbewegung hat sich – und tut es noch heute – vor allem an den USA abgearbeitet. Mich haben die Freiheitsbewegungen in Ost- und Mitteleuropa geprägt und die Einsicht, dass Freiheit trotz berechtigter Ängste erstritten und verteidigt werden muss. Die Aggression gegen die Ukraine begann, als dort immer mehr für das westliche Gesellschaftsmodell erstritten wurde.

Käbmann: Zum angeblichen Antiamerikanismus kann ich nur sagen: Ich bin ein großer Fan von Martin Luther King, der gegen den Vietnamkrieg ganz vorn dabei war. Ihm warf man damals schon vor, dass er als Pastor keine Ahnung vom Krieg hat und sich gefälligst raushalten soll.

ZEIT: Sie, Frau Käbmann, sind Jahrgang 1958, Sie, Frau Bahr, sind 1966 geboren. Welche Rolle spielt Ihre Prägung in der Auseinandersetzung?

Bahr: Während meiner Zeit bei der Adenauer-Stiftung waren Begegnungen in den Zivilgesellschaften der Länder Osteuropas einschneidend. Ihr Freiheitspathos begegnet mir heute in Freundschaften. Mich hat auch meine Studienzeit in Israel geprägt. Militär kann überlebenswichtig sein. Eine starke und auch dem Militär gegenüber kritische Zivilgesellschaft schließt das nicht aus.

Käbmann: Ich bin wiederum stark von den Kriegserzählungen meiner Eltern geprägt. Meine Mutter war Krankenschwester im brennenden Berlin, war zwei Jahre in einem dänischen Internierungslager, hat ihre pommersche Heimat verloren. Mein Vater war 18, als der Krieg anfang, und 25, als er zu Ende war. Er war seine ganze Jugend lang Soldat. Meinen Eltern war klar: Man muss alles tun, um Krieg zu verhindern. 1968 habe ich meinen ersten Tagebucheintrag geschrieben, als die Sowjetarmee in die Tschechoslowakei einmarschierte. Meine Eltern – große Amerika-Fans – dachten, dass jetzt »der Russe« kommt. Aber gerade wegen der Brutalität des Krieges in der Ukraine trete ich dafür ein, einen Waffenstillstand zu erreichen und zu verhandeln.

ZEIT: Wie stellen Sie sich Verhandlungen vor?

Käbmann: Es wurde ja sofort auf dem brasilianischen Präsidenten Lula herumgetrampelt, als er gesagt hat, er könne sich unter Beteiligung von China eine Friedensinitiative vorstellen. Erdoğan hat einen Vorstoß gemacht, die Franzosen auch – alles lief sich zusammenführen über die UN. Russland und die Ukraine könnten sich je eine Nation ihres Vertrauens suchen, die Verhandlungen begleiten.

Bahr: Alle Initiativen sind bislang an den neoimperialen Machtgelüsten Putins gescheitert. Ich finde die Einschätzung von Friedensforschern und Sicherheitsexpertinnen plausibel, die sagen: Putin muss in eine Situation kommen, in der er merkt, dass er mehr zu verlieren hat, wenn er sich nicht aus der Ukraine zurückzieht.

ZEIT: Ist denn Putin ein Verhandlungspartner?

Käbmann: Wenn Putin das russische Volk noch vertritt, wird er es sein, mit dem man verhandelt. Es ist bitter, mit Kriegsverbrechern verhandeln zu müssen, aber wenn es erst mal um Waffenstillstand geht, wird das so sein müssen.

ZEIT: Hätten Sie auch mit Hitler verhandelt?

Käbmann: Eine hypothetische Frage, die uns aktuell nicht weiterführt.

Bahr: Ich finde solche Geschichtsanalogien schwierig. Aber wenn man den Vergleich schon zieht: Hitler hat alle ausgehandelten Verträge gebrochen, das europäische Judentum fast ausgelöscht und war zum Schluss bereit, die eigene Zivilbevölkerung rücksichtslos zu opfern. Auch bei Putin deutet einiges darauf hin, dass hier nicht das rationale Kalkül, sondern der imperiale Größenwahn Oberhand gewonnen haben.

Käbmann: Mit wem würdest du denn verhandeln?

Bahr: Verhandlung hieße, es gäbe eine Verhandlungsmasse, einen angezielten Kompromiss. Was soll das bei einem solchen auf Vernichtung ausgerichteten Krieg sein?

Käbmann: Das heißt, man könnte überhaupt nicht verhandeln. Nie. Wie soll dann je Frieden werden?

Bahr: Wer wäre Subjekt dieser Verhandlungen? Das kann doch nur die Ukraine selbst sein. Oder sollen andere über die Köpfe der Ukrainer hinweg verhandeln? Das meinst du doch sicher nicht.

Käbmann: Durch die von der Ukraine angeforderten Waffen, auf deren Lieferung sie offensichtlich angewiesen ist, stehen wir mit in der Verantwortung. Ich bin überzeugt, man kann immer verhandeln.

Bahr: Worüber? Dafür fehlt mir im Augenblick die politische Fantasie. Putin will die Geschichte nach 1989 mit militärischen Mitteln zurückdrehen. Nicht nur ein politisches Gebilde, sondern eine ganze Kultur soll ausgelöscht werden. Was heißt dann »verhandeln«?

Käbmann: Aber du musst doch eine Exit-Strategie haben außer andauernden blutigen Kämpfen.

Bahr: Der ethisch gebotene Ausgang ist mit der evangelischen Tradition der gerechte Friede, nicht der Kotau vor der Gewalt.

Käbmann: Das soll die Ukraine ja dann entscheiden. Aber erst mal muss man verhandeln.

ZEIT: Wir halten fest: An dem Punkt können Sie sich nicht einigen. Wie nehmen Sie beide nun die Zweifel der Deutschen an Waffenlieferungen wahr?

Käbmann: Die Friedensbewegung wird massiv diffamiert. »Dumm« und »naiv« sind noch freundliche Ausdrücke. Es ist von wohlstandsverwöhntem Sofa-Pazifismus die Rede. Da frage ich mich, wie viele der vehementen Waffenbefürworter wären denn bereit, selbst zu kämpfen und die Panzer höchstpersönlich an die Front zu fahren? Mein Eindruck ist, dass die Fraktion, die glasklar für Waffenlieferungen plädiert, kritische Rückfragen nicht

mehr zulässt. Zur Demokratie gehört für mich, dass Zweifel frei geäußert und ernst genommen werden.

Bahr: Die andere Seite wird doch auch beschimpft. Die, die gerade wegen des Unheils, das Deutsche auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion angerichtet haben, eine Verpflichtung zur Unterstützung der Ukraine sehen, werden schnell zu »Kriegstreibern«. Insgesamt bekommt die Debatte im Moment einen unbehaglichen deutschen Selbstbezug. Mehr als Streit und Polemik beunruhigt mich allerdings das Schweigen. Auch in den Kirchen.

ZEIT: Frau Käbmann, Sie haben sich von der Demonstration am 25. Februar in Berlin distanziert, zu der unter anderem Sahra Wagenknecht aufruft. Warum so spät?

Käbmann: Erstens trete ich an diesem Wochenende in Bonn und Köln auf: Wir haben als Deutsche Friedensgesellschaft schon lange unter dem Motto »Stoppt das Töten in der Ukraine« ein breites Bündnis geschmiedet mit Pax Christi, der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Attac, den Naturfreunden. Zweitens: Abgrenzung ist wichtig. Wer sich für Frieden einsetzt, muss sich klar von nationalistischen und menschenfeindlichen Personen und Gruppierungen abgrenzen. Das tun wir von der Friedensgesellschaft ganz klar. Aber das kann ja wohl nicht heißen, dass man aus lauter Angst vor ungebetenen Gästen gar nicht mehr für den Frieden demonstriert.

Bahr: Gut, dass du dich von den falschen Freunden und Freundinnen in Berlin abgegrenzt hast. Dort werden auch radikale linke und rechte Gruppen auftreten, deren Gemeinsamkeit nicht Friedensliebe ist, sondern tiefe Verachtung für die liberale Demokratie und letztlich die Entschuldigung Russlands als eine durch den Westen gekränkte Macht. Täter-Opfer-Umkehr gehört zum Programm. Sahra Wagenknecht ist da der bekannteste Name.

Käbmann: Mich stört diese massive Personalisierung. Ich habe unterschrieben, weil mir wichtig ist, dass die Kritik an Waffenlieferungen öffentlich diskutiert wird. Und das wird sie nun.

Bahr: An Aufmerksamkeit für diese Position mangelte es ja nicht. Leider entwickelt sich in der Debatte so eine aggressive Rechthaberei, die das Zögern, die Zweifel, das Befragen der jeweiligen Positionen und das Eingeständnis von Ratlosigkeit zunehmend schwer macht. Stattdessen viel Beschimpfungen. In meinem schönsten Brief dazu lautet die Anrede: »Frau Reichsbischöfin Müller.«

Käbmann: Ich kriege eher Post mit so was wie »Du verfluchte Kirchenzeige«.

Bahr: Du die »Linksversifft«, ich die »Ami-Hure«.

Hinter dem üblen Gepolter stecken Angst und ein riesiges Redebedürfnis.

Das Interview führten
Andreas Öhler und Georg Löwisch